

Übersicht

über die vom Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner Sitzung am 20.11.2012 gefassten Beschlüsse:

Öffentliche Sitzung

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Ergebnis (Kurzfassung)	Beschl.- Nr.
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Rat erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.	406/11
2.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung am 14.6.2012 gefassten Beschlüsse.	Der Rat der Stadt nahm zustimmend Kenntnis.	
3.	Elternbefragung zur Schullandschaft der Stadt Siegburg im Bereich der weiterführenden Schulen; hier: Beratung über das Umfrageergebnis	Der Rat der Stadt beschloss die Errichtung einer Gesamtschule.	407/11
4.	Antrag des Gymnasiums Alleestraße auf Rückkehr zum G9-Abitur ab dem Schuljahr 2013/2014	Der Rat der Stadt beschloss, den Antrag des Gymnasiums Alleestraße zu unterstützen.	408/11
5.	Schulentwicklungsplanung der Stadt Siegburg, Teilbereich weiterführende Schulen	Der Rat der Stadt beschloss den vorgelegten Schulentwicklungsplan.	409/11
6.	Außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln für die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs	Der Rat der Stadt stellte überplanmäßige Investitionsmittel bereit.	410/11
7.	Anfragen von Ratsmitgliedern	Es erfolgten keine Anfragen.	
N1.	1. Nachtragssatzung zur Satzung der Kreisstadt Siegburg über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer; Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2012	Der Rat der Stadt beschloss die 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer.	411/11
8.	Bekanntgaben	Es erfolgte eine mündliche Bekanntgabe.	
9.	Verschiedenes	Es wurden keine Themen erörtert.	
10.	Anschließend Einwohnerfragestunde	Fragen von Herrn Hilker und Frau Rumland wurden beantwortet.	

Niederschrift

über die vom Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner 17. Sitzung gefassten Beschlüsse:

Beginn:	18:15 Uhr
Ende:	19:48 Uhr
Ort der Sitzung:	Großer Sitzungssaal

Vom Rat waren anwesend:

Huhn, Franz	Bürgermeister	Haas, Sigrid	FDP
Basche, Marga	CDU	Hagen, Manfred	FDP
Becker, Jürgen	CDU	Peter, Jürgen	FDP
Bermann, Alexander	CDU	Otter, Michael	SLB / DIE Linke
Birck, Gernot	CDU	Werner, Margret	SLB / DIE Linke
Büchel, Ferdinand	CDU	Fleck, Dr. Helmut	Volksabstimmung
Burgemeister, Maria-Franziska	CDU		
da Silva, Joao	CDU		
Dahmann, Thomas	CDU		
Diegeler-Mai, Anna	CDU		
Haase-Mühlbauer, Dr. Susanne	CDU	Es fehlten entschuldigt:	
Höver, Heinz Willi	CDU	Thiel, Dr. Dieter	GRÜNE
Janoschek, Horst	CDU	Waloßek, Nicole	CDU
Kierdorf, Karl	CDU		
Krudewig, Prof. Dr. Norbert	CDU		
Mai, Hans-Christian	CDU	Teilnehmer/innen der Verwaltung:	
Muranko, Ursula	CDU	Herr Reudenbach	
Römer, Michael	CDU	Herr W. Hohn	
Rosorius, Martin	CDU	Herr Lehmann	
Schwill, Eckhard	CDU	Herr Mast	
Solf, Michael	CDU	Frau Guckelsberger	
Stich, Klaus	CDU	Herr K.-P. Hohn	
Sträßer, Leo	CDU	Herr Knippenberg	
Tsapanidis, Lazaros	CDU	Herr Rutkowski	
Eichner, Harald	SPD		
Keller, Michael	SPD		
Körner, Gaby	SPD		
Krause, Detlef	SPD	Weitere Teilnehmer:	
Sauerzweig, Frank	SPD	Herr Krämer-Mandau	Projektgruppe „Biregio“
Schmidt, Klaus	SPD		
Schmidt, Oliver	SPD		
Stauch, Lothar	SPD		
Halft, Charly	GRÜNE		
Meyer, Birgit	GRÜNE		
Müller, Hans-Werner	GRÜNE		
Starke, Phillipp	GRÜNE		
Thiel, Astrid	GRÜNE		

Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:

Öffentlicher Teil:

Nachtrag Nr. 1: 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Kreisstadt Siegburg über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer

Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)

--

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
----------	---------------------	--------------

1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	02
----	--	----

Herr Bürgermeister Huhn informierte den Rat darüber, dass die Tagesordnung gemäß § 48 Abs. 1 GO NRW um einen Nachtrag im öffentlichen Teil der Sitzung zu erweitern sei. Zu diesem Nachtrag lägen zusätzlich zwei Ergänzungen vor.

Weiterhin lägen jeweils 2 Ergänzungen zu TOP 3 und TOP 5 vor.

Herr Bürgermeister Huhn schlug vor, TOP 4 vor TOP 3 zu behandeln und TOP 3 und TOP 5 gemeinsam zu beraten. Hierzu werde Herr Krämer-Mandau, Projektgruppe „Biregio“, die wesentlichen Inhalte des Schulentwicklungsplans darstellen. Danach erfolgen die Beratungen und Abstimmungen zu TOP 3 und TOP 5.

Der Rat der Stadt stimmte dieser Vorgehensweise einvernehmlich zu.

AE: Einstimmiger Beschluss
42 Ja-Stimmen

2.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung am 14.6.2012 gefassten Beschlüsse.	02
----	--	----

Der Rat der Stadt nahm zustimmend Kenntnis.

4.	Antrag des Gymnasiums Alleestraße auf Rückkehr zum G9-Abitur ab dem Jahr Schuljahr 2013/2014	IV / 51
----	---	---------

Herr Becker führte aus, dass die CDU-Fraktion den Antrag des Gymnasiums Alleestraße auf Rückkehr zum G9-Abitur unterstütze, auch wenn die aktuelle Rechtslage kompliziert sei. Die Elternbefragung zeige jedoch den eindeutigen Wunsch auf Rückkehr zum G9-Abitur. Im Übrigen könne im Anno-Gymnasium das Abitur nach 8 Jahren und im Gymnasium Alleestraße sowie in der neu zu errichtenden Gesamtschule das Abitur nach 9 Jahren erworben werden. Dies sei ein Glücksfall für Siegburg.

Herr Sauerzweig erklärte ebenfalls die uneingeschränkte Unterstützung seiner Fraktion für den Antrag des Gymnasiums Alleestraße. Er bemühe sich, politische Kontakte zur Landesregierung NRW zu nutzen, damit der Antrag genehmigt werde.

Auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – so die Ausführungen von Frau Thiel – werde den Antrag unterstützen.

Herr Otter, Fraktion SLB/Die Linke, ergänzte, dass für den Fall, dass der Antrag des Gymnasiums Alleestraße auf Rückkehr zum G9-Abitur abgelehnt würde, auch ein Antrag auf Rückkehr zum G9-Abitur im Rahmen eines weiteren Schulversuchs denkbar sei. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Antrag seiner Fraktion vom 18.11.2012.

Frau Haas schloss sich den Ausführungen an, indem Sie für die FDP-Fraktion ebenfalls die Unterstützung des Antrages bekräftigte.

Herr Bürgermeister Huhn dankte allen Fraktionen für die uneingeschränkte und einvernehmliche Unterstützung des Antrages und informierte darüber, dass der Antrag bereits bei den zuständigen Schulaufsichtsbehörden – in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden – gestellt worden sei und erste Gespräche aufgenommen wurden.

Ergebnis:

Der Rat der Stadt Siegburg unterstützt den Antrag des Gymnasiums Alleestraße vom 24.10.2012 auf Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren (G9) und einer dementsprechenden 9-jährigen Gymnasialzeit. Der Bürgermeister wurde beauftragt, einen entsprechenden Antrag bei den zuständigen Schulaufsichtsbehörden zu stellen und notwendige Verhandlungen zu führen.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

3.	Elternbefragung zur Schullandschaft der Stadt Siegburg im Bereich der weiterführenden Schulen; hier: Beratung über das Umfrageergebnis	IV / 51
-----------	---	----------------

Herr Bürgermeister Huhn begrüßte Herrn Krämer-Mandau von der Projektgruppe „Biregio“ und stellte eingangs fest, dass der Schulentwicklungsplan mit seinen Einzelheiten noch im Schulausschuss und im Rat beraten werde. Jedoch seien bereits jetzt die wesentlichen Grundlagen zur Errichtung einer Gesamtschule zu beschließen.

Sodann erläuterte Herr Krämer-Mandau die wesentlichen Inhalte des Schulentwicklungsplanes im Rahmen eines Vortrages. Die Präsentation des Vortrages ist als Anlage der Niederschrift angefügt.

Alle Fraktionen dankten Herrn Krämer-Mandau für den umfassenden und informativen Vortrag über die wesentlichen Inhalte des Schulentwicklungsplans.

Herr Becker fasste zusammen, dass die vorgetragenen Ergebnisse die Auffassung der CDU-Fraktion bestätigen, bereits mit dem Schuljahr 2013/2014 eine Gesamtschule in Siegburg zu errichten. Die Entwicklung der Schullandschaft – nicht nur in Siegburg – werde dazu führen, dass Real- und Hauptschulen durch Gesamtschulen ersetzt würden. Darüber hinaus sei die Gesamtschule die bessere Alternative zur Sekundarschule und die Alternative zur Haupt- und Realschule in Korrespondenz mit den Gymnasien. Die Elternbefragung spiegele ein eindeutiges Votum für die Errichtung einer Gesamtschule wider. Der Schulentwicklungsplan bestätige dies ebenfalls. Er bedauere für seine Fraktion das Auslaufen der Real- und Hauptschule, denn dort sei sehr gute Arbeit für die Schülerinnen und Schüler geleistet worden. Die Errichtung der Gesamtschule folge der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Elternwillen. Die CDU-Fraktion befürworte die Errichtung einer sechszügigen Gesamtschule in Siegburg. Wenn möglich, solle die Montessoripädagogik integriert werden.

Herr Sauerzweig stellte für die SPD-Fraktion ebenfalls fest, dass die Elternbefragung ein eindeutiges Votum für die Errichtung einer Gesamtschule ergeben habe. Er bedankte sich bei den Schulleitungen der Real- und Hauptschule für die jahrzehntelange Bildungsarbeit.

Frau Thiel, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schloss sich diesem Dank an und ergänzte, dass die Verwaltung auf ein gutes Miteinander der drei Schulformen im Schulzentrum Neuenhof hinwirken möge.

Frau Haas, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass abzuwarten bleibe, wie die Themen Inklusion und Montessoripädagogik in das Konzept der neuen Gesamtschule einbezogen werden können.

Herr Otter erklärte für die Fraktion SLB/Die Linke, dass die Eltern eine inklusive Schule wünschten. In der neu zu gründeten Gesamtschule werde sonderpädagogischer Betreuungsbedarf erforderlich sein. Darüber hinaus wäre auch eine Kooperation im Bereich der Oberstufen aller Siegburger Schulen wünschenswert.

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorlage und unter Einbeziehung des Prüfauftrages der Fraktion SLB/Die Linke vom 18.11.2012 fasste der Rat folgende Beschlüsse:

1. Vorbehaltlich der erforderlichen Anmeldungen zur Errichtung einer Gesamtschule gemäß § 82 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG) errichtet die Kreisstadt Siegburg zum Schuljahr 2013/2014 eine sechszügige Gesamtschule.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

2. Die neue Gesamtschule wird als Ganztagschule am Standort Schulzentrum Neuenhof in integrierter und inklusiver Form

geführt.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

3. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Errichtungsantrag ein vorgezogenes Anmeldeverfahren für die neue Gesamtschule gemäß Verfügung der Bezirksregierung vom 2.10.2012 zu beantragen. Das vorgezogene Anmeldeverfahren findet in der Zeit vom 4.2. bis zum 8.2.2013 statt (s. auch Bekanntgabe in der Sitzung des Schulausschusses vom 23.10.2012).

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

4. Gleichzeitig wird die auslaufende Auflösung der Alexander-von-Humboldt-Realschule sowie der Gemeinschaftshauptschule Neuenhof beschlossen. Der Beschluss der Auflösung steht unter dem Vorbehalt einer erfolgreichen Errichtung der Gesamtschule.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die dann auslaufenden Schulen Alexander-von-Humboldt-Realschule und Gemeinschaftshauptschule Neuenhof soweit als möglich zu unterstützen und sicherzustellen, dass die dort noch beschulten Schülerinnen und Schüler unter bestmöglichen Bedingungen ihren Abschluss erlangen können.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

6. Die Verwaltung als Schulträger wird beauftragt, gemeinsam mit der neuen Schulleitung der Gesamtschule und den Schulleitungen der bestehenden Schulen ein abgestimmtes pädagogisches Konzept sowie ein Raumkonzept zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit die Montessoripädagogik berücksichtigt werden kann.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

7. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Genehmigungen der Bezirksregierung als obere Schulaufsicht einzuholen und alle nötigen Unterlagen zusammenzustellen.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

5.	Schulentwicklungsplanung der Stadt Siegburg, Teilbereich weiterführende Schulen	IV / 51
-----------	--	----------------

Der Rat der Kreisstadt Siegburg beschloss die von der Projektgruppe „Biregio“ vorgelegte Schulentwicklungsplanung.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

6.	Außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln für die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs	IV / 20 / 68
-----------	---	---------------------

Der Rat der Stadt Siegburg stellt im Haushaltsplan 2012 überplanmäßig bei der Investitionsnummer I 11068.001 einen Betrag von 50.000 € investiv zur Verfügung, um in der Friedhofsunterhaltung eine Ersatzbeschaffung für den nicht mehr funktionsfähigen Mercedes Sprinter “SU – 6837“ vorzunehmen. Die Verwaltung wurde ermächtigt, das Beschaffungsverfahren unverzüglich in Gang zu setzen.

AE: Einstimmiger Beschluss
43 Ja-Stimmen

7.	Anfragen von Ratsmitgliedern	02
-----------	-------------------------------------	-----------

Es erfolgten keine Anfragen von Ratsmitgliedern

N1.	1. Nachtragssatzung zur Satzung der Kreisstadt Siegburg über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer	IV / 20
------------	--	----------------

Angesprochen auf den sachlich unzutreffenden Antrag der FDP-Fraktion erklärte Herr Peter, dass er sich habe belehren lassen und dass ihm bewusst sei, dass man eine Zweitwohnungssteuer beschlossen habe. Jedoch werde immer wieder der Begriff Zweitwohnsitzsteuer verwendet. Die FDP-Fraktion spreche sich auch weiterhin für die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer aus.

411/11

Herr Becker entgegnete, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werde. Die Erhebung eine Zweitwohnsitzsteuer sei im Übrigen rechtlich unzulässig. Jedoch solle die Verwaltung die Ergebnisse evaluieren.

Herr Müller erklärte für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass sich der ursprüngliche Prüfauftrag der SPD-Fraktion auf die Erhebung eine Zweitwohnsitzsteuer bezogen habe. Die Verwaltung habe dann den Begriff Zweitwohnungsteuer verwendet, ohne hinreichend auf die rechtlichen Unterschiede hingewiesen zu haben.

Herr Mast erläuterte, dass im Falle von Mehrfamilienhäusern nur die Zweitwohnungen besteuert würden, die vom Eigentümer selbst genutzt würden. An Dritte vermietete Wohnungen würden nicht besteuert. Die nun zu beschließende Änderung regle die Fälle, in denen in einem Haus mehrere Wohnungen durch den Eigentümer genutzt würden. Dies sei nunmehr zukünftig steuerfrei.

Herr Bürgermeister Huhn ergänzte die Ausführungen, in dem er darauf hinwies, dass die neu zu beschließende Ausnahme den klassischen Fall regle, in dem eine Einliegerwohnung durch den Eigentümer als Hobbyraum etc. genutzt werde. Eine Vielzahl von diesen Fällen habe die Änderung erforderlich gemacht. Auch in umliegenden Gemeinden sei dieses Rechtsproblem bei der Einführung einer Zweitwohnungssteuer entstanden. Mit Hinweis auf den vermeidbaren Verwaltungsaufwand bat er Herrn Peter nachdrücklich, solche Fragen zukünftig telefonisch oder im Gespräch mit den Verantwortlichen der Verwaltung zu klären.

Herr Sauerzweig, SPD-Fraktion, merkte an, dass es sich um ein sprachliches Missverständnis gehandelt habe. Die vorgelegte Änderung sei daher erforderlich.

AE: Mehrheitliche Zustimmung
39 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

8.	Bekanntgaben	02
-----------	---------------------	-----------

Herr Bürgermeister Huhn gab mündlich bekannt, dass der Kirchenchor „Jubilate“ alle Ratsmitglieder zu einem Adventskonzert am 8.12.2012, 17 Uhr, in die Friedenskirche in Kaldauen eingeladen habe.

9.	Verschiedenes	02
-----------	----------------------	-----------

Es wurden keine Themen erörtert

10.	Anschließend Einwohnerfragestunde	
------------	--	--

10.1	Verkauf von städtischen Grundstücken	II / 23
-------------	---	----------------

Herr Hilker fragte, warum die Stadt größere Grundstücke an Bauträger verkaufe und nicht in kleinen Parzellen an private Bauwillige.

Herr Bürgermeister Huhn beantwortete die Frage mit dem Hinweis, dass diese Grundstücke nicht erschlossen seien. Die Erfahrungen zeigten, dass Bauträger Grundstücke günstiger erschließen können als die Stadt selbst oder Privatpersonen. Dies habe dann positive Auswirkungen auf die Grundstückspreise.

Herr Hilker dankte für die Ausführungen.

10.2 Instandhaltung des Hexentürmchens am Michaelsberg**III / 61**

Herr Hilker wies darauf hin, dass das Hexentürmchen seit langem baufällig und nicht begehbar sei. Herr Hilker fragte nach, wann eine Restaurierung erfolgen werde.

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass die bauliche Situation zunächst vor Ort überprüft werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Hexentürmchen befindet sich in städtischem Eigentum. Aufgrund der Baufälligkeit der Zwischendecke wurde der Zugang aus Sicherheitsgründen gesperrt. Eventuelle Instandhaltungsmaßnahmen werden derzeit – auch hinsichtlich der Kosten – geprüft.

10.3 Kindergarten Brungshof**II / IV**

Frau Rumland fragte, ob die Stadt das Grundstück der ehemaligen Kindertagesstätte Brungshof erworben habe. Werde in diesem Fall das Grundstück als Bauland vermarktet oder weiterhin für eine neue Kindertagesstätte vorgesehen?

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass die Stadt das Grundstück gerne erwerben möchte. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Alle Optionen würden geprüft.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19.46 Uhr

Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.